

Geschäftsführung:
Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung der Stadt Lüdenscheid**

am 05.06.2025

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Christoph Weiland CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	anwesend ab 17:02 Uhr
Ratsherr Daniel Kahler	CDU	anwesend ab 17:04 Uhr
Frau Anthula Fröhlich	SPD	Vertretung für RH Ferber
Herr Jamel Hellwig	SPD	Vertretung für Herrn Kallweit
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	Vertretung für RF Ullrich
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	anwesend ab 17:03 Uhr
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	
Frau Valeria Klette	CDU	
Herrn Sören Miossec	Bündnis 90 / Die Grünen	
Herr Frank Tielke	DIE LINKE.	abwesend von 17:57 Uhr bis 17:59 Uhr
Herr Florian Wüllner	FDP	anwesend ab 17:06 Uhr

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Konstantinos Titokis
Internationale
Liste der SPD

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Andreas Hein
anwesend von 17:02 Uhr bis
17:21 Uhr

Frau Sabine Weichler
Herr André Borlinghaus
anwesend bis 17:58 Uhr

Schriftführung:

Frau Juliane Wolter

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Fabian Ferber	SPD
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD
Herrn Philipp Kallweit	SPD

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:03 Uhr

Der Vorsitzende, Ratsherr Weiland, eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung (BFV), zu der form- und fristgerecht mit Schreiben vom 22.05.2025 eingeladen wurde.

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Ausschussvorsitzender Weiland erläutert, dass der aktuelle Stand der laufenden Aufträge und Anfragen aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt ersichtlich sei. Zur laufenden Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer sei für die heutige Sitzung eine Bekanntgabe vorgesehen. Im Rahmen der Einführung des digitalen und interaktiven Haushalts stünden inzwischen auch die Zahlen des Entwurfs des Jahresabschlusses 2022 online zur Verfügung. Die übrigen enthaltenen Anträge, Anfragen und Aufträge, zu denen teils in vergangenen Sitzungen bereits Zwischenstände präsentiert wurden, befänden sich aktuell noch in der Bearbeitung. Anmerkungen oder Fragen zur Berichts- und Beschlusskontrolle ergeben sich anschließend nicht.

**3. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2026
Vorlage: 136/2025**

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2026 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

Stadtinspektorwärter*innen (Bachelor of Laws/ Laufbahngr. 2.1)	3 Plätze
Verwaltungsfachangestellte	12 Plätze
Immobilienkaufleute	2 Plätze
Studiengang Verwaltungsinformatik	1 Platz
Studiengang Bibliothek und Digitale Kommunikation	1 Platz

Erzieher/innen in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)	5 Plätze
Sozialassistenten in der OGS ab dem Jahr 2026	1 Platz

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10

**4. Neuwahlen des Beirates der ENERVIE
Vorlage: 097/2025**

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Das bisherige Mitglied im Beirat der ENERVIE, Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek wird bis zu einer noch zu terminierenden außerordentlichen Hauptversammlung der ENERVIE nach der Kommunalwahl 2025 (voraussichtlich Januar/Februar 2026) erneut vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10

**5. Unterjähriges Berichtswesen der Gesellschaften der Stadt Lüdenscheid im
1. Halbjahr 2025
Vorlage: 084/2025**

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

6. Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage (mündlicher Bericht)

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Stadtkämmerer Sven Haarhaus. Dieser vermeldet im Vorgriff auf die Bekanntgabe unter TOP 7.1.3, dass die u.a. durch den Cyberangriff Ende 2023 verzögerten buchhalterischen Arbeiten zum Jahresabschluss 2023 inzwischen abgeschlossen seien. Der zugehörige Bericht sei noch in Arbeit; der Entwurf des Jahresabschlusses werde aber in der kommenden Ratssitzung vorgelegt werden können. Das Zahlenwerk ergebe (bei anhand der Planung erwartetem Defizit) ein positives Jahresergebnis von knapp 17 Mio. €. Dies führt Haarhaus vornehmlich auf einige positive Sondereffekte zurück, welche nicht auf Folgejahre übertragbar seien. Insbesondere hätten die Gewerbesteuererträge mit rd. 76 Mio. € den Planansatz (rd. 64 Mio. €) sichtlich überstiegen. Während in 2022 mit rd. 88 Mio. € ein noch deutlicheres Plus verzeichnet worden sei, läge das Aufkommen 2025 aktuell lediglich bei rd. 60 Mio. €. Überdies hätten

sich verschiedene krisenbedingte Sonderzuweisungen (Brückensperrung, Angriffskrieg auf die Ukraine, Pandemie) sowie verschiedene Einmaleffekte, wie bspw. bzgl. der Pensions- und Beihilferückstellungen, positiv auf die Ertragslage 2023 ausgewirkt.

In Ausblick auf das Jahresergebnis 2024 führt Haarhaus die bereits aus den letzten Berichterstattungen in BFV und Rat bekannten Fallzahlenerhöhungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung an, welche allein in 2024 zu einer Mehrbelastung von über 6 Mio. € geführt hätten. Bedingt durch den Cyberangriff verzögerte Abrechnungen bei den Rettungsdienstgebühren hätten zu Mindererträgen in Höhe von rd. 8 Mio. € geführt. Die Gewerbesteuererträge lägen für 2024 mit rd. 66 Mio. € um knapp 1 Mio. € unter Plan (- 10 Mio. € zum Vorjahr), sodass sich hier im Gegensatz zu den beiden Vorjahren kein Haushaltsentlastungseffekt ergeben habe. Entlastungen hätten sich in Form von Zinsmehrerträgen, anhand der in das Jahr 2025 übertragenen Aufwandsermächtigungen sowie bei den Personalaufwendungen ergeben, wobei letztere auf verzögerte oder nicht erfolgte Stellenbesetzungen zurückzuführen seien. Auch wenn das Ergebnis insg. gegenüber der fortgeschriebenen Planung (Defizit von 33 Mio. €) besser ausfallen werde, sei vorbehaltlich der noch laufenden Jahresabschlussarbeiten mit einem Defizit im zweistelligen Millionenbereich zu rechnen.

Schließlich erläutert Haarhaus den aktuellen Stand zum laufenden Haushaltsjahr. Das Plan-Defizit von 37 Mio. € habe sich durch die o.g. Ermächtigungsübertragungen aus 2024 auf rd. 45 Mio. € erhöht. Demgegenüber erhalte die Stadt Lüdenscheid mit rd. 39 Mio. € deutlich höhere Schlüsselzuweisungen als geplant (+ 10 Mio. € ggü. Plan). Die Entwicklung dieser Zuweisungen in Folgejahren sei abzuwarten. Den genannten Mehrerträgen 2025 seien hingegen bereits Mehrbedarfe in ähnlicher Höhe gegenüberzustellen (rd. 1 Mio. € für den bereits verabschiedeten Nachtrag zum Stellenplan, knapp 8 Mio. € für Hilfen zur Erziehung (s.o.)). Angesichts des fortschreitenden Haushaltsvollzugs, aber auch in Anbetracht der rd. zwei Jahre zurückliegenden Planung des Haushaltsjahrs 2025 (Doppelhaushalt) hätten sich weitere Mehrbedarfe offenbart. Hierzu verweist Haarhaus auf bereits erfolgte Mittelbereitstellungen, aber auch auf Beratungen in den anstehenden Sitzungen des HFA und Rats.

Abschließend betont Haarhaus die sich für die Stadt Lüdenscheid, aber auch für die Gesamtheit der Kommunen im Bundesgebiet fortwährend verschlechternde Finanzlage und führt hierzu u.a. das für 2024 auf über 24 Mrd. € bezifferte Defizit der kommunalen Familie sowie die sich auf Basis der aktuellen Mai-Steuerschätzung noch weiter eintrübenden Aussichten für die kommunale Finanzausstattung an. Bezugnehmend auf die Pläne zur teilweisen Übernahme von Altschulden der Kommunen durch Bund und Land weist Haarhaus erneut darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid über keine Altschulden im Sinne des Vorhabens verfüge. Das Milliarden-Sondervermögen des Bundes solle der Finanzierung zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur dienen und werde daher ebenfalls keine Abhilfe bei den laufenden Haushaltsbelastungen schaffen. Aktuelle Forderungen des Städtetags hinsichtlich der prekären Lage thematisierten insb. die bundes- und landesseitigen Verletzungen des Konnexitätsprinzips.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Aktueller Sachstand zur Grundsteuerreform

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt an Frau Sabine Weichler (Fachdienstleitung Finanzen, Steuern und Beteiligungen), welche anknüpfend an die letzte Berichterstattung vermeldet, dass inzwischen alle Widerspruchsführer angeschrieben wurden. Manche Widersprüche hätten sich bereits erledigt (bspw. durch Aufhebung nach erfolgter Änderung des Finanzamtes), viele Widersprüche seien zurückgewiesen worden. In den verbleibenden Fällen liefen aufgrund der Anhörungen noch entsprechende Fristen für eine Rückmeldung der Grundstückseigentümer. Die Hebesätze für das Jahr 2025 seien auf Basis der vom Finanzministerium NRW übermittelten Datenbasis des Landes ermittelt worden. Bereits beim Aufbau der Bescheide sei gegenüber dem Haushaltsansatz ein Defizit von rd. 800.000 € festgestellt worden. Dies entspräche der Situation in anderen Kommunen, sodass von einer Fehlerhaftigkeit der o.g. Datenbasis des Landes auszugehen sei. Insb. aufgrund zwischenzeitlicher Überarbeitungen und Korrekturen des Finanzamts infolge entsprechender Einsprüche habe sich dieses Defizit auf nunmehr rd. 1,1 Mio. € vergrößert.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Fröhling zur landesseitig eigentlich zugesicherten Aufkommensneutralität der Reform bekräftigen Frau Weichler und Stadtkämmerer Haarhaus, dass die Grundsteuerzahler (ungeachtet von den Belastungsverschiebungen innerhalb der Gruppe der Steuerzahler) aktuell im Vergleich zu den Vorjahren in Summe weniger zahlten. Insgesamt sei also eine Entlastung der Grundsteuerzahler zulasten des städtischen Haushalts festzustellen.

7.1.2. Aktueller Sachstand zum kommunalen Nachhaltigkeitshaushalt

Ausschussvorsitzender Weiland erteilt Frau Sabine Weichler (Fachdienstleitung Finanzen, Steuern und Beteiligungen) das Wort. Anknüpfend an die Berichterstattung in der letzten BFV-Sitzung informiert diese darüber, dass die erste der drei vorgesehenen Workshop-Phasen mit der betreuenden LAG 21 NRW von Mitte März bis Mitte April stattgefunden habe. Diese Projektphase zur Erarbeitung strategischer Ziele könne anhand der Teilnahme und Mitwirkung aus den Fachdiensten positiv bewertet werden. Im Anschluss an die Nachbearbeitung und Zusammenstellung der Arbeitsergebnisse durch die LAG 21 solle Anfang August die finale Rückmeldung der strategischen Ziele erfolgen. Die zweite Workshop-Phase für die Erarbeitung der operativen Ziele sei für Mitte September bis Mitte Oktober vorgesehen.

7.1.3. Aktueller Sachstand zum städtischen Jahresabschluss

Ausschussvorsitzender Weiland weist darauf hin, dass Stadtkämmerer Sven Haarhaus diesen Punkt bereits im Rahmen der Berichterstattung zur haushaltswirtschaftlichen Lage unter TOP 6 aufgegriffen habe. Diese Bekanntgabe entfalle daher.

7.1.4. Aktueller Sachstand zur Einführung einer Verpackungssteuer

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt erneut das Wort an Frau Sabine Weichler (Fachdienstleitung Finanzen, Steuern und Beteiligungen). Diese nimmt Bezug auf die Aussprache zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung einer Verpackungssteuer in der letzten BFV-Sitzung sowie auf die beiden ebenfalls auf dieses Anliegen ausgerichteten Bürgeranregungen gemäß § 24 GO NRW. Gemäß der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid seien diese Anregungen im Haupt- und Finanzausschuss zu behandeln, was für die anstehende Sitzung am 23.06.2025 vorgesehen sei. Um die Thematik ergebnisoffen beraten zu können, werde – wie auch zwischenzeitlich in der Finanzkommission abgestimmt – erst für die vorgenannte Sitzung eine Beschlussvorlage inklusive einer Stellungnahme der

Verwaltung vorgelegt; eine Behandlung in der heutigen BFV-Sitzung erfolge dementsprechend nicht.

7.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

7.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Ausschussvorsitzender Weiland beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Besucher, den Raum für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlassen.

gez. Weiland

Christoph Weiland
Vorsitzender

gez. Wolter

Juliane Wolter
Protokollführerin